

Keine 10-Millionen Schweiz

Wieder in den Nationalrat



thomasmatter.ch

Thomas MATTER

Gregor Rutz in den Ständerat!

Liste 1

SVP

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<p>Eidgenössische Politik Die Schweiz wird zum Kampfgebiet von Bruno Walliser Seite 2</p>	<p>Kanton Zürich Linkgrün: Grosses Herz für Kriminelle von Christoph Marty Seite 3</p>	<p>Aktuell Tiefere Steuern: Ein wichtiges Signal von Ernst Stocker Seite 4–5</p>	<p>Parlamentsgemeinden Überfordertes EWZ-Netz? von Johann Widmer Seite 6</p>	<p>Veranstaltungs-Tipp Besichtigung des Windparks Verenafohren Seite 8</p>
--	---	---	---	---

ENERGIEPOLITIK

Windexpress – Träume und Wirklichkeit

Das Parlament zu Bern arbeitete diesen Sommer viel: Der Solar- und Windexpress wurde im Eiltempo durch beide Parlamentskammern gepeitscht. Nur die SVP hatte Vorbehalte. Ich rieb mir die Augen: Notrecht und Expressaktionen werden zum Normalfall in Bundesbern. Warum diese Eile? Vielleicht weil man sich bewusst ist, dass dieses Gesetz bei genauerer Betrachtung sehr viele Mängel aufweist. Zeit zur Reflexion bei den Gesetzesgebern? Leider nicht.



Windpark Verenafohren an der deutsch-schweizerischen Grenze

Bild: Wikipedia

Fantasiezahlen

Einer der Träume, die immer wieder als Kennzahl einer Windturbine angegeben werden, ist die angeblich mögliche Versorgung von Haushalten. Beispiel: Eine Windturbine würde pro Jahr Strom für 1700 Haushalte liefern. Dies ist jedoch nur ein theoretischer Wert, denn bei Windstille kann in diesen Haushalten nicht gekocht werden, Licht hats auch keines – also eine nutzlose Zahl. Demgegenüber erzeugen ein Kernkraftwerk oder eine Geothermie-Anlage Bandstrom, weshalb solche Anlagen auch notwendig sind, um das Netz zu stabilisieren.

Das Kraftwerk Leibstadt erzeugt die Jahresproduktion einer Windturbine in etwa vier Stunden. Dafür sollen wir unsere Landschaft verschandeln und die Bewohner Gefahren aussetzen?

AKWs mit 60% subventionieren?

Ein weiterer Traum ist die Finanzierung der industriellen Windkraftanlagen. Dabei wird immer wieder behauptet, dass BKW, EKZ, Axpo und Co. in

diese Windanlagen investieren, weil es sich lohnt – eine Kostenrechnung zeige sofort, dass eine solche Windindustrieanlage den Ersteller reich mache. Leider Nein. Weshalb müssen denn sonst bis zu 60% dieser Anlagen subventioniert werden? Und zusätzlich wird noch ein garantierter Abnahmepreis dazu geschenkt – der Strombezüger zahlt. Die Kernkraftgegner behaupten, dass kein Unternehmen ein Kernkraftwerk bauen würde, weil es sich nicht lohne. Ich bin aber überzeugt, dass bei einer Aufhebung des Verbots sofort einige KKW-Projekte gestartet würden, wenn für diese wie bei den Windindustrieanlagen 60% der Erstellungskosten bezahlt würden. Übrigens kostete die kWh Strom des KKW Leibstadt 2022 nur 4,6 Rappen in der Herstellung – und unsere EKZ erhöhen die Strompreise im Jahr 2024 nochmals massiv.

Leuthards Versprechen lösen sich in Luft auf

Und dann träumte Bundesrätin Leuthard noch von fast kostenlosem Strom –

40 Franken pro Jahr würde die Energie-wende kosten. Die aktuell stark steigenden Strompreise sind unserer eigenen Politik geschuldet. In Hagenbuch beispielsweise steigt der Preis nächstes Jahr um 48% und in Wetzikon um 47% auf 38,5 Rp. Schauen Sie mal in Ihre Stromrechnung. Dort machen die Netzkosten schon etwa 50% der gesamten Stromkosten aus. Dazu kommen noch weitere Gebühren. Aus diesen Netzaufgaben werden die Subventionen für die Windturbinen bezahlt, ohne dass wir gefragt wurden. Heute erhalten wir alle die Rechnung für diese nicht der Wahrheit entsprechenden Angaben.

Demokratieabbau

In aller Eile wurden mit dem Windexpress Volksrechte gestrichen. Im Gesetz heisst es: «Gegen die Bauausführung gemäss Nutzungsplan stehen keine Rechtsmittel zur Verfügung.»

Weils pressierte, wurde im Gesetzestext gefuscht: «... bis zu einer zusätzlichen Gesamtproduktion von 1 TWh/Jahr» sind die Rechtsmittel gestrichen.

Der Energiegewinn der Flatterstrom-Windenergieanlagen schwankt von einem Jahr zum anderen bis zu 25% – mit welchem Ertrag berechnet man die 1 TWh? Man hätte die Nennleistung der Anlagen verwenden müssen, um Klarheit zu schaffen. Jetzt kann man nach einem starken Windjahr mit 1 TWh Strom aufhören zuzubauen, um dann im folgenden schwachen Windjahr mit nur 0,8 TWh wieder zuzubauen? Ein grober Schnitzer.

Wertverlust bei Immobilien

Der Verband der Windräder «Suisse Eole» behauptet, dass es keine Entwertung von Immobilien in der Nähe einer Windturbine gebe. Windkraftanlagen haben einen industriellen Charakter. In unmittelbarer Nähe leiden Anwohner an oszillierendem Schattenwurf. In den Häusern beispielsweise ist Zeitunglesen mit dem Schattenwurf eines drehenden Rotors unmöglich. In Holland werden Anwohner mit einer Steuerreduktion entschädigt. Eine Wertverminderung durch Windturbinen wird also anerkannt und führt zu tieferen Steuern. Das Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung fand 2019 heraus, dass bei einem Abstand von 1 km zu Einfamilienhäusern die Preissenkung im Durchschnitt 7,1 Prozent beträgt. Am stärksten betroffen sind ältere Liegenschaften in ländlichen Gebieten. Dort kann der Wertverlust bei 1 km Abstand sogar bei 23% liegen. Im Kanton Zürich sind keine Entschädigungen vorgesehen.

Doch was geschieht in der Schweiz, wenn die Liegenschaften neu tiefer geschätzt werden? Verlangt die Bank einen Nachschuss? Kann der Eigenmietwert gesenkt werden? Wird der Wertverlust abgegolten durch den Ersteller? Ist eine Immobilie überhaupt noch eine gute

Altersvorsorge? Fragen, die offen bleiben, den Bürger aber umtreiben.

Die Sicherheit dieser Anlagen ist ebenfalls nicht gegeben. Bei AKWs hat das ENSI die Oberaufsicht. Bei Windturbinen? Da weiss man es noch nicht – aber schnell musste es gehen.

Wenn ein Blitzschlag eine solche Anlage zum Brennen bringt, hat keine Feuerwehr die Möglichkeit, in dieser Höhe zu löschen – dann lässt man «kontrolliert abbrennen». Bei starker Trockenheit ist ein Waldbrand sehr wahrscheinlich.

Meine Energiepolitik in Bern verfolgt deshalb folgende Ziele

Die Schweiz muss möglichst bald – spätestens bis 2050 – stromautark sein, indem Bandstrom ausgebaut wird. Dazu müssen Kernkraftwerke der neuesten Generation, welche die erst zu 90% abgebrannten Brennstäbe wiederverwerten können, gebaut und die hydrothermale Geothermie ausgebaut werden.

Die Fotovoltaik ist der Windenergie vorzuziehen: Beide sind flatterhaft und benötigen Bandstrom als Backup-Kapazitäten, aber die Fotovoltaik beeinträchtigt die Landschaft weniger, ist ungefährlicher, schneller zubaubar und berechenbarer.

Wir müssen zurück zur sicheren Stromversorgung, welche die Schweiz bis 2010 ausgezeichnet hat und von unseren Vorfahren aufgebaut wurde. Träumereien bringen uns nicht weiter!



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Weiterhin tatkräftig in Bern

2x auf Ihre Liste



Therese Schläpfer

Alt-Gemeindepräsidentin Hagenbuch

Wieder in den Nationalrat

therese-schlaepfer.ch

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SVP

«Ich wähle Romaine, weil sie immer mit anpackt und ihre Stimme für die Landwirtschaft einsetzt.»



Theresia Weber-Gachnang, Präsidentin Landfrauen Kanton Zürich

KEINE HEISSE GARANTIERT LUFT

ROMAINE – ERFRISCHEND ANDERS

2 x auf Ihre Liste

www.romainerogenmoser.ch

SVP

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand

KMU geprüft KGV



Wieder in den Nationalrat

Am 22. Oktober 2023

2X auf Ihre Liste!

Bruno Walliser

brunowalliser.ch

bisher

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SVP



PODIUMSDISKUSSION STÄNDERATSWAHLEN ZH

Wir laden Sie herzlich zur öffentlichen Podiumsdiskussion für die Ständeratswahlen des Kantons Zürich ein.

Gregor Rutz Nationalrat SVP und Tiana Angelina Moser Nationalrätin GLP diskutieren, wie sie sich für den Kanton Zürich einsetzen würden. Mit anschliessendem Apéro.

DATUM: 15. SEPTEMBER 2023
ORT: GEMEINDESAAL OBERWENIGEN
ZEIT: 19:30 TÜRÖFFNUNG

Moderiert wird der Anlass von Nationalrat Benjamin Fischer SVP.





Christoph Mörgeli

Tabu des linken Machismus

Die Vorwürfe von Radio SRF sind happig: Ein Journalist von «Republik» und «Wochenzeitung» soll sich jüngeren Berufskolleginnen sexuell angenähert und sie mit anzüglichen Textnachrichten belästigt haben. Seine Droge der Macht war die Macht der Droge. Eigenartigerweise wird der Name dieses übergriffigen Journalisten verschwiegen – anders als bei Finn Canonica (Tamedia), Christian Dorer (Ringier) oder Werner De Schepper (CH Media). Vielleicht, weil er politisch viel weiter links steht.

Dabei sind übersteigerter Männlichkeitswahn, Dominanzfantasien und Ausschüttung von angestautem Testosteron gerade bei politischen Linksaussen nichts Neues. Wer bei Staat, Gesellschaft und Wirtschaft alles für machbar, durchsetzbar und diktierbar hält, wähnt sich oft auch gegenüber dem weiblichen Geschlecht allmächtig. In der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels spielen Erniedrigung, Knechtung und würdeloser Status der Frauen keine Rolle. Die frauenfeindliche politische Praxis in marxistisch orientierten Parteien, in realsozialistischen Staaten und bei den Linken im Allgemeinen ist kein Zufall. Stalin warf seiner Frau in aller Öffentlichkeit Orangenschalen ins Gesicht, worauf sie sich zurückzog und erschoss. Sein Geheimdienstchef Beria war ein Massenvergewaltiger mit pädophilen Neigungen. Mao liess sich Frauen in Scharen zuführen und trieb es gelegentlich mit zwei Dutzend jungen Mädchen. Fidel Castro hatte einen unersättlichen sexuellen Appetit und soll mit 35 000 Frauen geschlafen haben. Die Frauenverachtung von Andreas Baader – Gründer der Roten Armee Fraktion (RAF) – war grenzenlos.

Robert Grimm, Held des Generalstreiks und Präsident der SP Schweiz, begrabschte noch als bernischer Regierungsrat alle Serviertöchter, die in seine Nähe kamen. Willy Brandt langweilte sich schon, wenn er zweimal mit der gleichen Frau ins Bett stieg. Unia-Gewerkschafter Roman Burger traktierte eine Untergebene zwei Jahre lang mit Nachrichten sexuellen Inhalts. Dabei müsste auch für Linke mit Macht gelten: Je mehr man darf, desto weniger darf man.

VORSCHAU AUF DIE HERBSTSESSION 2023

Umtriebiger Herbst in Bern

Die Nervosität von wiederkandidierenden Räten dürfte im Bundeshaus spürbar sein. Bundesratsgeschäfte des Sicherheits-, des Umwelt- und des Transport-Departements, das Thema Mutterschaftsurlaub und Differenzen zu den verschiedenen Volksinitiativen zur Eindämmung der Krankenkassenprämien sind zu behandeln sowie die Flut der parlamentarischen Vorstösse abzubauen.



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Im Landwirtschaftssektor werden wir über das Importverbot von Stopfleber befinden. Das wirft Fragen zur Kontrolle im Ausland auf und wird kontrovers diskutiert. Man sollte dem Konsumenten die Wahl lassen, ob er seinen Gaumen damit verwöhnen will. In der Romandie ist der Konsum fast schon traditionell, während man in der Deutschschweiz dafür ziemlich schräg angeschaut wird.

Mutterschaftsurlaub für Nationalrätinnen?

Seit die politischen Mandate auf Bundesebene vermehrt auch von Müttern ausgeübt werden, wird der Mutterschaftsurlaub von Politikerinnen diskutiert. Dazu stehen eine Ständesinitiative des Kantons Zug und eine parlamentarische Initiative an. Die Bundesgesetzgebung soll so angepasst werden, dass die Teilnahme an Parlamentsitzungen während des Mutterschaftsurlaubs den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung nicht tangiert, weil es ein Nebenamt sei. Wo soll da bei allen anderen Müttern die Grenze gezogen werden? Sollen Teilzeitangestellte auch weiterarbeiten können und den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung

haben? Und wo bleibt das Argument, welches am Anfang des Mutterschaftsurlaubs stand, nämlich die Erholung der Mutter? Hier zeigt sich ein weiterer Widerspruch von Linksgrün, sowie der Anspruch auf eine nichtberechtigende «Spezialbehandlung».

Krankenkassen: Linksgrün möchte Umverteilung statt Kostensenkung

Im Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich werden wir über das Kostendämpfungspaket 2 debattieren. Dabei beschleicht mich schon lange der Verdacht, dass Linksgrün die Vorlage benützt, um den Leistungskatalog auszubauen anstatt die Kosten zu senken. Sie hoffen damit auf Stimmen bei ihrer Klientel. Versprechungen auf Übernahme von Kosten zu machen, ist leicht und angenehm. Auch bei den Medien steht man auf diese Weise gut da. Den Leistungskatalog einzuschränken und auf mehr Eigenverantwortung zu setzen, braucht viel Mut und wird von den Medien angeprangert. Welche der beiden Vorgehensweisen Krankenkassenprämien eindämmen würde, kann sich jeder selbst ausrechnen.

Die Leistungen auszubauen, belastet nicht nur die Prämienzahler, sondern auch die Steuerzahler, werden doch Prämienverbilligungen von Bund und Kantonen finanziert. Der Mittelstand leidet am meisten unter der Prämienlast. Über die drei Volksinitiativen zu den Krankenkassenprämien gibt es noch Differenzen zu bereinigen. Keine dieser Initiativen will die Kosten im

Gesundheitswesen senken, was folglich auch die Prämien senken würde. Sie wollen alle eine Umverteilung der Kosten. Dabei haben wir heute mit den Prämienverbilligungen schon ein wirksames Instrument.

Anpassung des Zweitwohnungsgesetzes

Das Zweitwohnungsgesetz lädt den Tourismusgebieten Probleme auf. Tourismusgemeinden beklagen eine Wohnungsknappheit für Personalwohnungen. Deshalb sollen durch eine Ergänzung im Gesetz solche Wohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkannt werden. Ebenso will der Bündner Nationalrat Candinas die unnötigen und schädlichen Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben. Objekte, die vor der Volksabstimmung über die Zweitwohnungsinitiative 2012 erstellt oder genehmigt wurden, sollen nicht nur bei einem Umbau, sondern auch nach einem Abbruch und Wiederaufbau um maximal 30% vergrössert werden. Wir dürfen gespannt sein, ob die beiden sinnvollen Vorstösse von Linksgrün mit der Begründung des Missbrauchspotentials bekämpft werden.

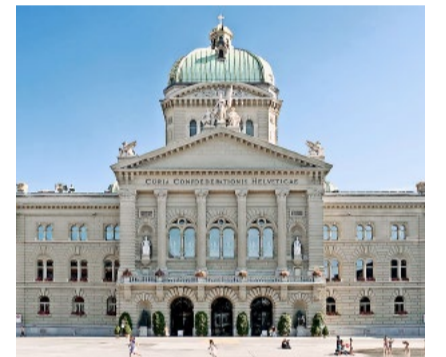
Aussenpolitik

Ein Postulat der Aussenpolitischen Kommission will die Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor genauer durchleuch-

ten und beurteilen. Um der Schweizer Neutralität gerecht zu werden, hätte sich der Bundesrat gegen Sanktionen stellen müssen. Wenn das eigene Image und das der Schweiz im Ausland leiden könnten, ist dies für einige Akteure nicht einfach.

Die Europapolitik wird von den Sozialdemokraten, den Grünen und den Grünliberalen teils mehr, teils weniger als Wahlkampfthema verwaltet. Dafür haben sie Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Es werden eine ständige Subkommission sowie ein Planungsbericht über die Zusammenarbeit mit der «EUON» für Europafragen der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats verlangt.

Wahlkampfthemen werden selbstverständlich auch in diese Session getragen. Dazu wollen die Grünen eine ausserordentliche Session zum Klimawandel, während unsere Fraktion dies zum Thema Migration verlangt. Wir können uns vom Stimmverhalten der Mitte und der GLP überraschen lassen. Sie wissen ja, welche Partei den Kompass nicht verliert und seit Jahren zu ihren Grundwerten hält.



Im Bundeshaus beginnt bald die neue Session. Bild: Wikipedia

DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN PFÄFFIKON

SVP präsentiert Wahlkampfthemen und Mobilisierungs-Strategien



Marco Calzimaglia
ParteiSekretär
SVP Kanton Zürich

An der kantonalen Delegiertenversammlung vom 5. September 2023 in Pfäffikon standen der Wahlkampf und die Mobilisierung der SVP-Basis im Vordergrund. Nach einer Begrüssung der rund 170 Delegierten durch Gastgeber Marco Hirzel, SVP-Gemeindepräsident von Pfäffikon, richtete der Präsident der SVP Kanton Zürich, Domenik Ledergerber, das Wort an die Anwesenden.

Mobilisierung steht im Fokus

In einer flammenden Ansprache wies Domenik Ledergerber auf die zahlreichen negativen Folgen der unregulierten Einwanderung hin, die jene der



Packende Reden und ein voller Saal. Die Delegiertenversammlung in Pfäffikon überzeugte. Bild: Mattia Mettler

Nachbarländer weit übertrifft. Die SVP nimmt wie keine andere Partei die Sorgen der Bevölkerung wahr: «Damit sind die Wahlen aber noch nicht gewonnen. Uns muss es gelingen, die Basis und alle, die einen Wechsel möchten, wie nie zuvor zu mobilisieren.»

Roger Köppel: Es ist eine Richtungswahl

Der scheidende Nationalrat Roger Köppel unterstrich in seiner Rede, dass es sich bei dieser Wahl um eine Richtungswahl handelt. In den vergangenen vier Jahren hat in Bern eine Mitte-Links-Allianz dominiert. Die Folgen sind eine rekordhohe Einwanderung und ein Asylchaos, eine sich verschärfende Strommangellage und eine Explosion der Staatsausgaben. «Ich komme nicht aus einer SVP-Familie, aber die SVP konnte mich überzeugen. Das heisst, sie kann auch alle anderen überzeugen.»

Wahlkampfthemen: Stopp dem Gender-Wahnsinn, sichere Energieversorgung und Kontrolle der Einwanderung

In ihrem Referat «Gender-Wahn stoppen» wies Kantonsrätin Susanne Brunner darauf hin, dass die Bevölkerung unter immer mehr Diktaten einer kleinen woke-linken Elite in der Verwal-

tung leidet, die sich nicht um demokratische Prozesse schert. Dies gilt es zu stoppen. Ein erster Schritt ist die Abschaffung des unbeliebten Gendersterns. Nationalrätin Therese Schläpfer sprach darauffolgend über die desaströsen Windkraftpläne des grünen Baudirektors Martin Neukom. Die Schweiz braucht eine stabile Stromversorgung durch Wasserkraft und Atomkraft. Stattdessen möchte Neukom der Landschaft riesige Windparks aufzwingen, die ausser Verschandelung keinen nennenswerten Strom produzieren.

Die Zuwanderungs- und Asylpolitik des Bundes stand im Zentrum des Referats von Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz. Der Grossteil der Leute, die über das Asylwesen einwandern, sind Wirtschaftsmigranten und haben mit dem Asylrecht nichts zu tun. Er zeigte, dass die unregulierte Einwanderung keine Lösung für den angeblichen «Fachkräftemangel» bietet, sondern diesen verstärkt.

ASYLCHAOS

Die Schweiz wird zum Kampfgebiet

Die Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Eritreer-Gruppen ist ein Weckruf.



Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volketswil

Konflikte zwischen den verfeindeten Lagern der Eritreer eskalieren, nicht nur in der Schweiz. Am 1. September feiert Eritrea jeweils den Beginn des Krieges im Jahr 1961, der zur Unabhängigkeit von Äthiopien führte. Am letzten Samstag feierten die Anhänger des regieren-

den Diktators Isayas Afewerki, der schon seit 30 Jahren an der Macht ist – auch im Ausland. An mehreren Orten kam es dabei zu Auseinandersetzungen mit Regimegegnern, so auch in Tel Aviv, im norwegischen Bergen und im Glattpark in Opfikon.

Entwicklungshilfe für Eritrea ist einzustellen

Hier gingen mehrere hundert Personen aufeinander los. Zuvor kam es bereits in Deutschland diesen Sommer zu gewalttätigen Auseinandersetzungen unter Eritreern.

Wie kann es denn sein, dass hier in der Schweiz Anhänger des eritreischen Diktators um Asyl nachsuchen? Der Irrsinn unseres Asylsystems kann nicht besser aufgezeigt werden. Schon seit Jahren fordert die SVP, dass die Eritreer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, konsequent ausgewiesen werden. Der Vollzug findet jedoch nicht statt, weil Eritrea seine eigenen Staatsangehörigen nicht zurückerkämpft.

Die Schweiz steckt enorme Summen in dieses Land für Entwicklungshilfe. Diese Hilfe ist umgehend einzustellen, bis Eritrea seine eigenen Landsleute zurückerkämpft. Dieser Vorfall beweist aber eines deutlich.

Unkontrollierte Zuwanderung ist eine Gefahr für die Sicherheit

Die unkontrollierte Massenzuwanderung in unser Land schafft ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Werden unsere Städte bald zu Kampfzonen ausländischer Gruppen oder krimineller Clans? Dieser Vorfall im Glattpark ist ein Weckruf. Jetzt muss definitiv ein Ruck durch unser Land gehen. Notfalls müssen wir uns auch die Internierung von abgewiesenen und kriminellen Asylbewerbern, die nicht ausgeschafft werden können, überlegen. Die Sicherheit in unserem Land ist ein kostbares Gut, das wir nicht aufs Spiel setzen dürfen. Auch unsere Wirtschaft ist auf Sicherheit und Stabilität angewiesen.

AUS DEM KANTONS RAT

Linksgrün hat ein grosses Herz für Kriminelle

Der HEV lanciert zwei vielversprechende Initiative und die Grünen machen sich für Verbrecher stark. Eine SVP-Interpellation zeigt: Das Ausschaffungsinitiative wird nicht umgesetzt.



Christoph Marty
Kantonratsrat SVP
Zürich Kreis 10

Der Sitzungstag begann für den bürgerlichen Teil des Rats bereits eine Stunde früher im Hotel Stoller. Der Hauseigentümerverband (HEV) stellte dort seine beiden Volksinitiativen vor. Der HEV konnte zeigen, dass diese durchdacht und sozial gerecht sind. Sie wurden daher von den anwesenden Ratsmitgliedern aller bürgerlichen Parteien sehr wohlwollend aufgenommen.

Alters- und Wohnsitzbeschränkungen für Richter

Mit dem Beginn der Sitzung kam der Rat zügig zum Traktandum der Altersbeschränkung für Richter. Ein entsprechender Gesetzesartikel wurde wegen eines Bundesgerichtsentscheids erforderlich. Ein eigentlicher Handlungsbedarf bestand im Kanton Zürich nicht. Neu wird eine Altersbeschränkung von 68 Jahren in Kraft treten. Bei der Wohnsitzpflicht für Mitglieder des Handelsgerichts im Kanton Zürich konnte sich die SVP/EDU-Fraktion durchsetzen.

Grüne machen sich stark für Vergewaltiger, Totschläger und Mörder

Eine sehr spezielle Fraktionserklärung musste sich der Rat von den Grünen anhören. Die Grünen beanstandeten das Vorgehen der Kantonspolizei, welche Bilder von Täterverdächtigen bei Kapitalverbrechen zeitnah und unverpixelt im Internet veröffentlicht hat. Dabei wurde die Arbeit unserer Kapos undif-

ferenziert und unqualifiziert in den Dreck gezogen. Mit einigem Erstaunen nahmen die bürgerlichen Mitglieder des Rats Kenntnis vom grossen Herz der Linken für Vergewaltiger, Totschläger und Mörder. Es bleibt zu hoffen, dass die Kapo Verbrecher weiterhin konsequent verfolgen und dabei Fahndungserfolge erzielen wird.

55 Prozent der kriminellen Ausländer im Kanton Zürich werden nicht ausgeschafft

Bei der Interpellation von Nina Fehr Düsel und Hans Egli ging es darum, dass bei den sogenannten Katalogstraftaten nicht konsequent Landesverweisungen ausgesprochen werden. Katalogstraftaten umfassen Verbrechen von einer Tragweite, welche nach der vom Volk am 28. November 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative eine zwingende Ausschaffung zur Folge haben müssten.

Aber von den Zürcher Gerichten werden nur bei 45% der Kriminellen, welche nach dem Verdikt des Volkes zwingend die Schweiz verlassen müssten, die Ausschaffungen auch durchgesetzt. Nina Fehr Düsel und Hans Egli nannten diesen Schlendrian in der Justizdirektion deutsch und deutlich beim Namen.

Massnahmen gegen «Hasskommunikation bei LGBTI-Menschen»

Wie schon so oft musste der Rat über die angeblichen Belange einer winzigen Minderheit beraten. Die Postulanten von «Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation» behaupten, LGBTI-Menschen seien wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechts-

identität, ihres Geschlechtsausdrucks (was auch immer das sein soll) und ihrer Geschlechtsmerkmale vermehrt Opfer von Hass und Gewalt.

Mal davon abgesehen, dass diese Behauptung tendenziös und an den Haaren herbeigezogen ist: Was soll mit dem gewünschten Bericht genau erreicht werden?

Und jetzt kommts: «Der Bericht soll aufzeigen, ob und wie diese Aufgaben an bereits existierende Strukturen angeknüpft werden könnten, wie zum Beispiel der Fachstelle Gleichstellung von Mann und Frau.» Daher weht der Wind also. Wir schreiben das Jahr 2023 und selbst den unbedarftesten Zeitgenossen wird langsam klar, dass die Frauen im Kanton Zürich, ja in der ganzen Schweiz, den Männern mindestens gleichgestellt sind, und das nicht erst seit gestern.

Diese sogenannten Fachstellen, sollten sie je für etwas gut gewesen sein, haben schon länger jede Daseinsberechtigung verloren. Aber aufgehoben werden dürfen sie natürlich nicht, sind es doch verdiente Genossinnen, welche da – womit auch immer sie die Arbeitstage durchbringen – vom Kanton grosszügig alimentiert werden. Und damit das so bleiben kann, sollen mit Hilfe solcher «Berichte» neue Tätigkeitsfelder geschaffen werden. Die SVP/EDU-Fraktion war wieder die Einzige, welche die Fahne der Freiheit hochhielt.

Von unserer Fraktion redeten Daniel Wäfler, Erich Vontobel, Thomas Lamprecht, Elisabeth Pflugshaupt, Martin Hübscher, Lorenz Habicher und der Verfasser selbst.

Natürlich hat die Ratsmehrheit das Postulat überwiesen und damit den Weg in die schöne woke Regenbogenwelt weiter geebnet.

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN DER SVP KANTON ZÜRICH

Jetzt geht der Wahlkampf richtig los

Schon in wenigen Tagen liegen dicke Wahlcouverts in Ihren Briefkästen. Da geht es darum, die richtige Liste – nämlich die SVP-Liste 1 – auszuwählen. Oder zumindest eine der mit der SVP verbundenen Listen. Achtung, es darf nur eine Liste abgeschickt oder eingeworfen werden, und Sie dürfen höchstens 36 Kandidierende wählen. Am besten legen Sie die SVP-Liste 1 und den Wahlzettel für den Ständerat mit Gregor Rutz und Regine Sauter ins kleine Couvert, unterschreiben den zugehörigen Stimmrechtsausweis und schicken das wieder zugelebte grosse Couvert zurück ins Gemeinde- oder Stadthaus. Die guten Umfrage-Prognosen für die SVP stimmen mich keinesfalls nur froh. Denn sie bergen die Gefahr, dass wir uns jetzt in allzu grosser Sicherheit und Sorglosigkeit wiegen. Vergessen wir nicht: Die Politologen und Journalisten sind nicht unsere Freunde. Sie könnten die Absicht verfolgen, die SVP-Basis einzuschläfern, weil diese glaubt, es komme so oder so nicht schlecht heraus. Das ist trügerisch! Jeder einzelne Nationalratssitz muss hart erkämpft werden. Niemand schenkt der SVP etwas. Wir haben den Vorteil einer Listenverbindung mit der FDP, aber den Nachteil, dass die Listenverbindung mit der EDU nicht zustande gekommen ist. Obendrein fischen die «Aufrechten» und die «Mass-Vollen» in einem ähnlichen Wählerleichen.

Wenn auch noch nichts gewonnen ist, so ist für die SVP auch noch nichts verloren. Die Themenlage und das Sorgenbarometer der Bevölkerung kommen uns entgegen. Die Folgen der Massenzuwanderung und der Bevölkerungsexplosion lassen sich nicht län-

ger kleinreden. Gerade der Mittelstand trägt die Folgen: bei der Wohnungssuche, den Mieten, den Kaufpreisen von Wohneigentum, auf den Strassen und Schienen, an der Arbeitsstelle, in den Schulen und bei der öffentlichen Sicherheit. Nicht nur die Zuwanderung aus den EU- und Drittstaaten ist ausser Rand und Band geraten, auch das Asylwesen platzt aus allen Nähten. Statt endlich unseren Rechtsstaat durchzusetzen und den massenhaften Asylmissbrauch und das Schlepperunwesen zu unterbinden, werden den Gemeinden immer mehr Kontingente von «Flüchtlings» aufgezwungen.

Auch die Prämienexplosion im Gesundheitswesen ist eng mit der Personenfreizügigkeit verknüpft. Denn es ist ja klar, dass die hier Geborenen ab der ersten Stunde Prämien zahlen und in der Regel viele Jahrzehnte lang ein kleines Risiko darstellen – und somit das viel grössere Krankheitsrisiko der älteren Mitmenschen solidarisch tragen. Wenn aber Zugewanderte im mittleren Alter erstmals Prämien bezahlen, kommen diese viel schneller in die Risikogruppe; vom «Familiennachzug» älterer Verwandter aus aller Welt ganz zu schweigen.

Kurz, die Themenlage spricht für die SVP. Wer denken kann und wer unser Land gern hat, kann fast nur Liste 1 einlegen. Und bei den Ständeratswahlen den SVP-Vertreter Gregor Rutz plus Regine Sauter (FDP) aufschreiben. Wir kommen jetzt in die heisse Phase des Wahlkampfes, denn es dauert nur noch wenige Wochen bis zum 22. Oktober. Wir Kandidaten können Ihnen versprechen, dass wir uns voll einsetzen und um jede Stim-

me kämpfen. Sowohl die SVP Schweiz wie die SVP des Kantons Zürich geben alles, um optimale Voraussetzungen für die Wahlen zu schaffen. Der nationale Wahlauftakt in der Swiss Life Arena in Zürich war ein Grosseffekt, das Video «Tanz mit de SVP» begeistert Jung und Alt. Es ist aber auch Zeit, Ihnen als unseren unentbehrlichen Unterstützern ganz herzlich zu danken. Viele unserer Parteimitglieder – ob mit oder ohne politisches Mandat – helfen aktiv mit, organisieren Veranstaltungen, stellen Plakate auf, beteiligen sich als Publikum an Podiumsdiskussionen, engagieren sich in Komitees und leisten finanzielle und ideelle Schützenhilfe.

Unsere SVP-Basis tut dies alles für Gottes Lohn, dafür im Interesse der guten Sache und unserer Schweiz. Dafür gebührt unseren Mitgliedern und Sympathisanten ein ganz grosses Dankeschön.

Jetzt gilt es vor allem, die Wahlzettel richtig auszufüllen. Und die Unentschlossenen, die Stimmabstinenten und die Zweifler zu überzeugen. Geben wir unser Bestes – die guten Argumente sind auf unserer Seite.



von
Thomas Matter

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Zunehmende Gewalt von Eritreern auch im Kanton Zürich – die SVP fragt nach



Patrick Walder
Kantonratsrat SVP
Dübendorf

Bereits im Jahr 2019, als ich Präsident der SVP des Kantons Zürich sein durfte, haben wir mittels Medienmitteilung und eines Videos das Problem der nicht integrierten und zum Teil auch nicht integrierten jungen Männer aus Afrika thematisiert. Schon damals konnte der medialen Berichterstattung entnommen werden, dass immer wieder kriminelle Taten dieser Gruppierung zu beobachten sind – zum Teil sogar mit Todesfolge. Auch hinsichtlich Sozialhilfequote sind bei den Eritreern Auffälligkeiten zu beobachten. Zwischen 2006 und 2016 erhöhte sich die Zahl eritreischer Sozialhilfebezügler um 11 422%. Von 276 eritreischen Sozialhilfebezügern im Jahr 2006 auf sage und schreibe 31 526 eritreische Sozialhilfebezügler im Jahr 2016.

Am Samstag, 2. September 2023, kam es erneut zu einer Massenschlägerei zwischen Eritreern auf öffentlichem Raum. Die NZZ titelte «Eritreer prügeln sich im Glattpark – zwölf Verletzte», der Tagesanzeiger titelte «Eritreischer Konflikt – 12 Verletzte nach Massenschlägerei in Opfikon» und ZüriToday «Nach Massenschlägerei in Opfikon – Polizei verhaftet drei Eritreer». Am Tag darauf fragte

20min.ch «Sie wollen Asyl – und feiern den Diktator? Warum sind sie hier? Warum dürfen sie bleiben?» Die Missstände, auf welche die SVP bereits vor vier Jahren aufmerksam gemacht hat, müssen nun definitiv angegangen werden. Um die Haltung des Regierungsrats zu erfahren, hat die SVP-Fraktion am Montag eine Anfrage eingereicht. Dabei will sie unter anderem vom Regierungsrat wissen, was der Kanton Zürich unternehmen kann, damit Staatsangehörige, welche für Ausschreitungen verantwortlich sind und Asyl- oder Flüchtlingsstatus haben, ausgewiesen werden.

Weiter wollen wir eine tabellarische Aufstellung, wie sich Ausschreitungen eritreischer Gruppierungen im Kanton Zürich entwickelt haben und wie sich deren Sozialhilfequote verändert hat. Abschliessend erwarten wir eine Darstellung der statistischen Diskrepanz zwischen Eritreern und anderen Asyl- und Fluchtsuchenden. Mit diesen Fragen wollen wir die Zürcher Bevölkerung wie auch den Regierungsrat für die Probleme mit Eritreern sensibilisieren, mit dem Ziel, dass diese rasch gelöst werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass solche öffentlichen Fragen zu Anzeigen wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm führen können. Auch wenn diese Gefahr besteht, ist es der SVP wichtig, dass in unserem Kanton und unserem Land gesagt werden darf, was gesagt werden muss. Dafür steht unsere Fraktion, dafür steht die SVP.

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Zu hohe Stromtarife, die Folge einer verfehlten Energiepolitik

Der Strompreis im Kanton Zürich steigt im nächsten Jahr massiv an – eine unerträgliche Belastung für Haushalte und Gewerbe. Die SVP fordert von allen Akteuren rasches und entschiedenes Handeln.

Am vergangenen Donnerstag haben die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ihre Strompreise für das kommende Jahr veröffentlicht. Sage und schreibe 50% mehr werden Herr und Frau Zürcher für ihren durchschnittlichen Haushaltsstromverbrauch bezahlen. Das bedeutet, eine vierköpfige Familie mit einer Wärmepumpenheizung wird im kommenden Jahr ca. 1600 Franken mehr für ihren Stromverbrauch zu Hause bezahlen als noch im Jahr 2022. Geschätzte Damen und Herren, 1600 Franken mehr! Und beim Gewerbe präsentiert sich die Lage gleichermassen kritisch. Geschätzte Regierungsratsmitglieder, geschätzte Damen und Herren Parlamentarier auf kantonaler und eidgenössischer Stufe: Wohin bitte wollen Sie die Stromkosten mit Ihrer aktuellen Energiestrategie noch treiben? Sie sagen, das wird sich schon wieder erholen. Dazu sagen wir: Ja, aber nur kurzfristig. Denn auch im Energiesektor spielt der Markt, was bedeutet: «Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bestimmt den Preis.»

Wir müssen jetzt gemeinsam handeln

Und wenn wir nicht mehr in der Lage sind, genügend Strom zu produzieren, und von drohenden Strommangellagen sprechen, wovon auch der Baudirektor Martin Neukom im Umweltbericht des Kantons Zürich 2023 warnt, dann geschehen, wie beim WC-Papier in der Coronazeit, Hamsterkäufe. Und diese sind nicht abzuwenden, denn es wollen alle mit Strom versorgt sein. Und was macht die Mehrheit der Politik seit Monaten: Mittels hilfloser Argumentationen versuchen die selbsternannten

Energiespezialisten in den Parlamenten immer noch, ihre verfehlte Energiestrategie und damit das Problem der Stromverfügbarkeit zu verteidigen. Doch die Wahrheit tritt jetzt, durch die hohen Strompreise als Vorläufer, langsam, aber sicher ans Tageslicht. Ich bitte Sie daher alle hier drinnen, überblenden Sie diese Wahrheiten nicht mit weiteren Schönfärbereien. Sondern handeln Sie jetzt zusammen mit uns – handeln wir gemeinsam!

Forderungen an die Zürcher Regierung

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Familien, Gewerbe, KMU und die Industrie ein und verlangt deshalb von der Zürcher Regierung folgende vier Schritte:

1. Einen Vorschlag für ein Massnahmenpaket zur Senkung mit anschliessender Stabilisierung der Strompreise bis Ende 2023;
2. Einen Vorschlag für ein Massnahmenpaket, um die Gefahr einer Strommangellage innert nützlicher Frist zu dämmen;
3. Den sofortigen Stopp von planerischen Tätigkeiten für den Bau und Einsatz von unzuverlässigen und teuren Stromproduktionsanlagen wie bspw. Windkraftanlagen;
4. Sofortigen Druck der Regierung beim Bundesrat für die Forcierung der entsprechenden Lösungen auf Bundesebene.

Wir wollen sicheren, sauberen, steuerbaren und bezahlbaren Strom. Helfen Sie uns, die entsprechenden Rahmenbedingungen wieder zu schaffen!

Korrigendum:

In der letzten Ausgabe kam es auf Seite 3 zu einer Verwechslung. Der Artikel «Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich» stammt von Barbara Grüter und der Artikel «Linkes Affentheater um den Flughafen» von Ueli Bamert. Die Redaktion entschuldigt sich für den Fehler.

SVP EGG

Chäs und Brot mit zwei Martins in Egg

Auf ihrer Tour durch den Bezirk Uster machten Nationalrat Martin Haab und Fraktionspräsident Martin Hübscher mit ihrem Chäsmobil auch Halt in Egg und verwöhnten dort die Passanten mit einem feinen Zvieri.



KR Martin Hübscher und NR Martin Haab mit ihrem Chäsmobil.

Bild: ZVG

Am vergangenen Samstag fuhren Nationalrat Martin Haab und Martin Hübscher, der ebenfalls fürs eidgenössische Parlament kandidiert, mit ihrem kleinen, gelb lackierten Gefährt durch die Greifenseeregion und machten auch einen Abstecher nach Egg, wo sie von gut gelaunten Leuten in Empfang genommen wurden.

Denn das kleine Auto im Design von Käse zauberte allen ein Lachen ins Gesicht. Nach der Begrüssung wurde feiner Käse mit Brot und erfrischendem Wein serviert.

Hände, die anpacken

Die beiden Martins, beide Landwirte, führen ihren Wahlkampf mit dem

Motto «Hände, die anpacken». Von Berufs wegen haben sie diese Aussage natürlich längst unter Beweis gestellt. Den Besuchern gaben sie aber mit auf den Weg, dass sie sich keineswegs nur für die Landwirtschaft einsetzen, sondern auch für zahlreiche weitere bürgerliche Anliegen. So ist beiden zum Beispiel der Abbau unnötiger Bürokratie und der sorgsame Umgang mit unseren Steuergeldern wichtig. Die Gäste in Egg waren sehr erfreut über den Besuch und den feinen Zvieri an diesem sonnigen Samstag. An den kommenden Samstagen werden die beiden Martins mit ihrem Chäsmobil auch in weiteren Bezirken zu Gast sein.

Tobias Infortuna

LESERBRIEF

Es braucht einen «neuen Blocher»

Kürzlich forderte die NZZ im Leitartikel ihres Chefredaktors Eric Gujer einen «neuen Blocher». Ich fragte mich zuerst, warum ausgerechnet die NZZ so denkt. Bei genauerem Hinsehen aber will Chefredaktor Eric Gujer einen «Anti-Blocher», einen Blocher also mit der bekannten Fähigkeit, den Zeitgeist zu wittern, aber diesmal das Land nicht aus Europa, sondern nach Europa zu führen.

Die Schweiz braucht keinen neuen Blocher, schon gar keinen, der nach Brüssel aufbricht. Was unser Land braucht, ist die politische Strategie, für die sich Christoph Blocher auch heute noch einsetzt: Blockfreiheit und Neutralität, was mit Rosinenpicken nichts zu tun hat. Vor dem Hintergrund geopolitischer Verschiebungen ist es schwer verständ-

lich, warum ausgerechnet die Medien fast täglich Kampagnen gegen die Schweizerische Tradition friedlicher Nichteinmischung und konsequenten Verzichts reiten. Geradezu verwirrend wirkt bei den Neutralitätsbestätern, dass sie meinen, die Schweiz sei auch dann noch neutral, wenn sie bei der Nato mitmache und Selenski Waffen liefere. Zudem schiessen neue Wortgebilde wie «kooperative Neutralität» oder «orthodoxe Neutralität» geradezu verwirrend ins Kraut.

Mag sein, dass die Welt wieder an einer Wegscheide steht und neue Blöcke entstehen, wie Eric Gujer vermutet. Wichtig ist es doch, dass sich unser Land nicht zum Voraus für einen Block entscheidet. Das bietet unserem Land

die so wichtige Freiheit, ihre guten Dienste den Konfliktparteien jederzeit zur Verfügung zu stellen. Mit der Übernahme der EU-Sanktionen ging leider bereits ein Teil dieser Freiheit verloren. Nicht auszuschliessen, dass unser Land als Kriegspartei zudem massiv gefährdet wird. Es gilt, inskünftig standhaft allen Druckversuchen aus dem Ausland z.B. von Seiten der EU und den USA, sowie aus dem Inland eine klare Absage zu erteilen. Dazu gehört auch, dass aussenpolitisch keine heiklen Reisen mehr unternommen werden, die zu unnötigen Provokationen führen, wie z.B. der Besuch der Parlamentarier in Taiwan.

Karl Meier-Zoller, Effretikon ZH

SVP OETWIL AN DER LIMMAT

SVP am Kellerfest

Selbstgemachte Pizzas im Steinofen, eine hervorragende Organisation durch die SVP Oetwil an der Limmat, ein gemütliches Zelt, konsumierfreudige Gäste und ein politisch-charmanter Service – das waren die Zutaten für ein gelungenes Fest im SVP-Zelt.

Über die Zutaten für eine sichere Zukunft in Freiheit waren sich ebenfalls alle einig: eine kontrollierte Zuwanderung, eine unabhängige, neutra-



Liessen sich die Pizza schmecken. V.l.n.r.: NR Bruno Walliser, NR Therese Schläpfer, KR Anita Borer, NR Alfred Heer und NR Thomas Matter.

Bild: ZVG

le Schweiz, eine glaubwürdige Landesverteidigung, tiefe Steuern, mehr Eigenverantwortung und weniger Bevormun-

dung. Das Rezept dazu: Liste 1 der SVP am 22. Oktober!

Anita Borer

SVP BONSTETTEN

Chilbi Bonstetten: Strahlende Gesichter beim Büchsenwerfen

Knapp 600 Kinder haben sich am Büchsenwerfen beteiligt. Es war wieder eindrücklich, zu sehen, wie Kinder und Eltern ihren Spass hatten. Die kleine, zweijährige Julia durfte auf dem Stuhl stehend und einen Meter von den Büchsen entfernt ihr Glück versuchen.

Beim dritten Versuch fiel eine Büchse. Sie jubelte wie eine Sportlerin, die soeben Weltmeisterin geworden ist. Der Vorstand der SVP freut sich auf ein Wiedersehen an der Chilbi 2024.

Vorstand SVP Bonstetten



Die Chilbi sorgte für glückliche Kindergesichter.

Bild: ZVG

SVP MEILEN

Herbstmarkt mit Genuss

Der Herbstmarkt fand am 1. September in Meilen statt. Bei schönstem Wetter waren viele Besucher am traditionellen SVP-Stand und genossen ein Glas Wein. Es konnten bei dieser Gelegenheit viele Unterschriften für die Nach-

haltigkeitsinitiative gesammelt werden. Vor Ort waren neben Marion Matter weitere Vorstandsmitglieder der SVP Meilen.

Nina Fehr Düsel



KR Nina Fehr Düsel und KR Marion Matter mit Vorstandsmitgliedern der SVP Meilen.

Bild: ZVG

Jetzt unserem WhatsApp-Chat beitreten und nichts mehr in Bezug auf die Wahlen verpassen!

Infokanal SVP Kt. ZH SR/NR-Wahlen 23
WhatsApp-Gruppe

Scanne diesen QR-Code mit der Kamera in WhatsApp oder lade ihn hoch, um dieser Gruppe beizutreten.

Unternehmer nach Bern!

2x auf jede Liste

In den Nationalrat
Hans-Ulrich Bigler
hansulrich-bigler.ch

Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die **KMU-Unternehmerliste 22**

In den Ständerat: **Gregor Rutz** zusammen mit Regine Sauter

Im Nationalrat sorged mir für meh – Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Besuchen Sie uns - für Verpflegung ist gesorgt!

In den Nationalrat

Domenik «Lädi» Ledergerber
Anita Borer
Bisher Thomas Matter

Tourdaten:

- Fr. 15. September 17-19 Uhr Bahnhof Kloten
- Sa. 23. September 11-14 Uhr, Stadtzentrum Uster
- Sa. 7. Oktober 11-14 Uhr Richterswil
- Sa. 14. Oktober 11-14 Uhr Winterthur
- Fr. 20. Oktober 16-19 Uhr Stadt Zürich

Wahlen 22.10.23

In den Ständerat: **Gregor Rutz** zusammen mit Regine Sauter

In den Nationalrat: **Liste 1 SVP**

FINANZPOLITIK

Tiefere Steuern – ein wichtiges Signal

Der Staatshaushalt wird nächstes Jahr aufgrund höherer Ausgaben und des Wegfalls der SNB-Gewinnausschüttung stärker belastet als auch schon. Die Senkung der Unternehmenssteuern kommt dennoch zum richtigen Zeitpunkt. Der Kanton Zürich ist für die wirtschaftlichen Herausforderungen gut gewappnet.



Ernst Stocker
Regierungsrat SVP
Zürich

Der Zürcher Regierungsrat will die Steuerbelastung in kleinen Schritten stetig und moderat senken. Auf Anfang 2024 werden die Steuertarife und Abzüge der Teuerung angepasst und somit die kalte Progression ausgeglichen, wovon die Privatpersonen spürbar profitieren. In Vorbereitung ist zudem eine Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen von 7 auf 6 Prozent. Als jüngste Massnahme will der Regierungsrat nun den Gesamtsteuerfuss – das Mass der steuerlichen Abschöpfung – von 99 auf 98 Prozent senken. Das kommt sowohl den Privaten als auch den Unternehmen zugute.

Richtiger Zeitpunkt

Die Steuersenkung ist angezeigt. Die wirtschaftliche Lage im Kanton Zürich ist nach wie vor gut, und vor allem herrscht beinahe Vollbeschäftigung. Im Juli betrug die Arbeitslosigkeit tiefe 1,7 Prozent. Der Regierungsrat will mit der Senkung die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ausserdem sendet er das Signal, dass ihm eine moderate Steuerbelastung ein Anliegen ist und er die Ergebnisse des jährlichen Steuermonitorings nicht ausblenden will. Im schweizerischen Vergleich ist der Kanton Zürich bei Familieneinkommen zwischen 80000 und 200000 Franken absolut konkurrenzfähig und im vorderen Drittel der Rangliste. Bei anderen Aspekten der Steuerbelastung steht er weniger gut da, vor allem bei

den Unternehmenssteuern. Ich bin ausserdem überzeugt, dass ein Staatshaushalt mit tieferen Steuern langfristig mehr Geld zur Verfügung hat. Das zeigen etliche Beispiele. Hochsteuerkantone sind oft nicht diejenigen, die aus dem Vollen schöpfen können.

SNB-Gewinnausschüttung entfällt

Über den Gesamtsteuerfuss entscheidet im Dezember der Kantonsrat, ebenso über das Budget 2024. Der Entwurf, den ich vergangene Woche vorgestellt habe, rechnet mit einem Minus von 390 Millionen Franken und wird von mehreren Herausforderungen geprägt. Die erste und offensichtlichste ist die geringere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Der Budgetentwurf rechnet mit 600 Millionen Franken weniger als im Vorjahr. Das ist eine grosse Einbusse, ist aber hinzunehmen. Der Kanton Zürich hat in der jüngeren Vergangenheit von den Ausschüttungen der SNB stark profitiert, so wie der Bund und die anderen Kantone auch. Dabei war immer klar, dass die Hebel auch einmal in die andere Richtung wirken können.

Notwendige Infrastrukturausbauten

Zweitens mussten wir auf 2024 an mehreren Stellen eine unabwendbare Ausweitung des Haushalts hinnehmen. Der Aufwand steigt auf 19,1 Milliarden Franken.

Dieses Haushaltswachstum gilt es nun wieder zu bremsen und die Investitionen zu priorisieren. Es ist notwendig, dass wir die Infrastrukturen erneuern oder bei Bedarf ersetzen. Aber ob ein Bau einmal ein Jahr früher oder später fertiggestellt wird, spielt keine Rolle, zumal der Kanton weiter kräftig

in seine Infrastruktur investiert. Für die ganze Planungsperiode bis 2027 sind Investitionsausgaben von 5,3 Milliarden Franken vorgesehen, was rund 1,3 Milliarden Franken pro Jahr entspricht.

Kanton ist gut aufgestellt

Drittens will ich mich dafür einsetzen, dass nicht noch mehr Geld vom Kanton zu den Städten und Gemeinden verschoben wird. Für nächstes Jahr müssen wir zusätzlich 100 Millionen Franken in den Budgetentwurf aufnehmen, damit der Kanton den Gemeinden die Versorgertaxen in der Kinder- und Jugendhilfe zurückerstatten kann. Dies zusätzlich zu den 365 Millionen Franken, die dafür schon zurückgestellt worden sind.

Diese Massnahme geht auf Urteile des Verwaltungsgerichts zurück, darum muss nicht darüber diskutiert werden. Weh tut sie dennoch. Erstens sind diese Rechnungen eigentlich längst bezahlt. Zweitens sind in den Vorjahren in grossem Stil Städte und Gemeinden entlastet worden, wohingegen dem Kanton grosse Brocken aufgeladen wurden. Der früher beschlossene Sozillastenausgleich und die Beiträge an den kommunalen Strassenunterhalt belasten den kantonalen Haushalt inzwischen jährlich mit rund 250 Millionen Franken, was rund 3,5 Steuerfussprozenten entspricht.

Die finanzpolitische Lage ist herausfordernder als auch schon. Es wäre aber falsch, in Panik zu verfallen. Der Kanton ist gut gerüstet, verfügt über robuste Zahlen und hat die externen Schulden seit 2018 um fast eine Milliarde Franken auf 4,3 Milliarden Franken abgebaut. Ich setze mich weiter dafür ein, dass der Kanton Zürich seinen Erfolgspfad nicht verlässt.

ENERGIEPOLITIK

Windmühlenpolitik und die Jagd nach Subventionen

Gerne werfen Exponenten anderer Parteien der SVP vor, sich in Sachen Umweltschutz, Klimaschutz und Biodiversität stets ablehnend zu verhalten. Die Wahrheit ist allerdings eine ganz andere. Ein Nein der SVP gibt es stets gegen unsinnige staatliche Massnahmen, die den Bürger lediglich viel Geld kosten, aber ihr Ziel nicht erreichen. Ein geradezu exemplarisches Beispiel dafür sind die nun im Kanton Zürich und vielen anderen Kantonen geplanten gigantischen Windkraftanlagen. Der Eifer der Behörden, unsere Landschaft mit bis zu 250 m hohen Windturbinen zu verschandeln, ist aus verschiedenen Gründen nicht nachvollziehbar. Dass diese einen Beitrag zu einer sicheren Stromversorgung im Winter leisten können, ist nämlich ein Ammenmärchen. Im Winter gibt es eher noch weniger Wind als in den übrigen Jahreszeiten und zudem ist die Auslastung der bisher in der Schweiz erstellten Windräder nachweislich bei lediglich etwa 15% der Nennleistung. Die Statistiken dazu können Sie auf der überaus informativen Website des Vereins «Pro Lindenberg» (www.prolindenberg.ch) einsehen. Windräder können definitiv keinen Beitrag zu einer sicheren und stabilen Stromversorgung unseres Landes leisten – dazu ist ihre Stromproduktion viel zu gering.

Rücksichtslose Subventionsjäger

Was steckt also hinter der Kampagne für Windparks? Es geht um nichts anderes als die fetten, staatlich garantierten Profite, welche die Betreiber und Planungsbüros antreiben, ohne Einbezug der Bedürfnisse der Bevölkerung und des Natur- und Landschaftsschutzes, die einmalige Landschaft der

Schweiz mit hässlichen Windkraftanlagen zu überdecken. Die Rücksichtslosigkeit dieses Vorgehens ist bemerkenswert. Alle Argumente gegen Windturbinen werden buchstäblich in den Wind geschlagen und es spielt auch keine Rolle, dass geschützte Tierarten zu Tode kommen. Das Töten von geschützten Tieren ist in der Schweiz strafrechtlich verboten. Die Befürworter von Windkraftanlagen kümmern es

nicht, wenn massenhaft Fledermäuse oder, wie etwa auf dem Lindenberg, seltene Populationen von Feldlerchen, Turmfalken, Störchen und Milanen dranglauben müssten. Es geht also gar nicht um Stromproduktion, sondern um das Abkassieren der dicken Subventionen – sie sind allzu verlockend!

Louis Hafner,
Präsident SVP Mettmenstetten

HAPPY HOUR 17:30-18:30

AFTER-WORK PARTYS

21 SEPT	Arch Bar, Archstrasse 2, 8400 Winterthur
03 OKT	Vasco's Bar, Bäckerstrasse 20, 8004 Zürich
05 OKT	Benedict Campus, Vulkanstrasse 106, 8048 Zürich
10 OKT	Rondell Bar, Schwyzerstrasse 2, 8805 Richterswil
12 OKT	Seefeld Bar by Enzo, Seefeldstrasse 184, 8008 Zürich

Komm vorbei – jeweils ab 17.30 Uhr!

SVP Die Partei des Mittelstandes

SOZIALSTAAT SCHEITERT AN OFFENEN GRENZEN

Zuwanderung und Prämienschock



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

«Wo immer es ungelöste Probleme gibt: Die Ursachen stehen in engstem Zusammenhang mit der ungebremsten Zuwanderung in unser kleines Land.» So schrieb ich kürzlich in der NZZ: Tatsächlich sind nicht nur die Umweltsorgen, die gefährdete Stromversorgung, die schlechtere Qualität unserer Schulen und die zunehmende Kriminalität Folgen der masslosen Zuwanderung, sondern auch die steigenden Krankenkassenprämien.

Auch diesen Herbst steigen die Prämien erschreckend an. Als das Krankenversicherungsgesetz (KVG) eingeführt wurde, sagte die SVP klar Nein und warnte vor unbezahlbaren Prämien. Es ist absurd: Hat man die Krankenversicherung einst eingeführt, um die Menschen im Krankheitsfall vor Not zu bewahren, führt mittlerweile das Bezahlen der Prämien in Not. Ein Sozialwerk wie unsere Krankenversi-

cherung kann bei gleichzeitiger Personenfreizügigkeit und unregelmässiger Zuwanderung nicht funktionieren. Denn ein Sozialwerk braucht neben den hohen Risiken eben auch tiefe Risiken, die für die teuren Fälle aufkommen. Die in der Schweiz Geborenen zahlen von null bis etwa fünfzig Jahren brav ihre Prämien, erzeugen aber wenig Kosten. Diese fallen in der Regel erst später, in fortgeschrittenem Alter an.

Ganz anders bei den Zuwanderern: Wenn sie ungefähr mit 35 Jahren in unser Land kommen, sind sie vom ersten Moment an versichert. Bereits 15 Jahre nach ihrer Ankunft gehören sie aber zur wesentlich gefährdeten Gruppe. Erst recht gilt dies, wenn sie dank der Möglichkeit des Familiennachzugs ihre Eltern hierherholen. Bei Asylbewerbern kommt der Staat vom ersten Moment an für die Krankenkassenprämien auf.

Mittlerweile holen auch die Geflüchteten aus der Ukraine zunehmend betagte Verwandte und Pflegebedürftige in unser Land. Kein Wunder, ist unsere Gesundheitssolidarität wegen der unregelmässigen Zuwanderung bedroht.



Die Warnungen der SVP vor der Prämienschock haben sich bestätigt.

Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

Grillabend mit den Nationalratskandidaten

bisher

Urs Wegmann, Martin Hübscher, Therese Schläpfer, Tobias Weidmann, Maria Wegelin

Dienstag, 12. September 2023
Freizeitanlage Chräen, 8413 Neftenbach
(ab 18h30 Festwirtschaft und Grill, 19h30 Begrüssung durch Urs Wegmann, Kantonsrat)

Unsere Gäste

Gregor Rutz, Nationalrat / Ständeratskandidat
Natalie Rickli, Regierungsrätin

Diskutieren Sie mit den Nationalratskandidaten aus dem Bezirk Winterthur und stellen Sie Ihre Fragen! Auch Kantonsrat Paul Mayer (Nationalratskandidat Bezirk Andelfingen) wird anwesend sein.

Alle sind herzlich eingeladen – insbesondere auch Nichtmitglieder!

In den Ständerat: Gregor Rutz, zusammen mit Regine Sauter

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad



von
Samuel Balsiger

Die SVP hat recht

Die linken Kartellmedien behaupten, es sei feige, dass die SVP bei der Verteilung der Departemente im Bundesrat nicht das Asyl-Dossier übernommen hat. Falsch! Der linkslastige Bundesrat will die eklatanten Missstände im Asylwesen nicht angehen. Nur schon die Anerkennung der Missstände durch den Bundesrat wäre eine Sensation. Mehr noch: Würden die geltenden Dublin-Gesetze angewendet, hätten wir kaum Asylanten im Land. Personen, die über sichere Drittstaaten in die Schweiz einreisen, müssen in einem dieser sicheren Staaten den Asylantrag stellen. Die Schweiz ist bekanntlich vollständig von sicheren Drittstaaten umgeben. Die Unsummen, die wir im Asyl- und Sozialwesen für nicht arbeitsfähige Ausländer verbraten, würden wir besser für Steuersenkungen für KMU einsetzen. Das hat im Bundesrat aber keine Mehrheit. Also warum soll die SVP das Chaos im Asylwesen mit gefesselten Händen übernehmen?

Es ist haarsträubend, mit welchem linken Irrsinn sich die westliche Welt seit Jahren beschäftigt. Die Dritte Welt und China (alle Länder sind diktatorisch geführt) steigen wirtschaftlich und somit auch politisch und militärisch rasant auf. Und wir müssen uns mit der idiotischen Identitätspolitik und dem Genderstern aus der linksradikalen Ecke rumschlagen. Gleichzeitig steigen Bürokratie und Staatskosten in den westlichen Industrienationen enorm an. Wir machen in der Ordnungspolitik fast ausschliesslich das Gegenteil des Richtigen.

Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken und für die richtigen privatwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen. Macht der Staat dies? Nein – im Gegenteil. Überall wo der Staat nichts verloren hat, steckt er seine Nase und seine gierigen Finger auch noch rein. Diese Politik führt in den Abgrund. Braucht es zuerst wieder den Schmerz des Niedergangs, bis die Menschen umdenken und andere Mehrheiten zustande kommen?

Zumindest im Bundesparlament können wir mit einer starken SVP und einer bürgerlichen Mehrheit unser Land wieder in die richtige Richtung lenken. Das gelingt aber nur, wenn jeder von uns sich aktiv am Wahlkampf beteiligt. Schreiben Sie Leserbriefe, beteiligen Sie sich an Standaktionen, verteilen Sie Flyer – und vor allem: Mobilisieren Sie das gesamte berufliche und private Umfeld, am 22. Oktober SVP zu wählen! Für eine sichere Zukunft in Freiheit.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Überwacht das EWZ-Netz in Zukunft die Bürger?

Einige Stadtpolitiker beginnen zu merken, dass die aktuellen Stromnetze die Verteilung der Energie zwischen den Solar- und Windenergiekraftwerken und den Verbrauchern wie Elektroautos und Wärmepumpen nicht verkraften können. Gleichzeitig verlangen sie nach Technologien, die den totalen Überwachungsstaat ermöglichen.



Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Gleich mehrere Vorlagen im Zürcher Gemeinderat befassen sich mit dem EWZ-Netz.

Um die Problematik hinter all diesen Vorlagen zu verstehen, muss man wissen, dass ein Stromnetz nur so viel Energie zu den Verbrauchern führen kann, wie die daran angeschlossenen Stromerzeuger, wie z. B. Wasserkraftwerke, und Atomkraftwerke, produzieren können. Sobald eine Unter- oder Überproduktion entsteht, wird der gefürchtete Blackout eintreten. Das Netz wird in diesem Fall über Stunden oder Tage instabil sein und die Verbraucher erhalten keinen Strom. Kein Lift, kein Gerät, keine Ladentüre, keine Kühltruhe wird mehr funktionieren.

Damit das nicht geschieht, muss das Stromnetz einerseits so stark sein, dass es einerseits mit Lastspitzen umgehen kann. Andererseits müssen die angeschlossenen Kraftwerke so reguliert werden können, dass die oben beschriebene Bedingung jederzeit erfüllt werden kann. Wasser- und Atomkraft sind für eine solche Regulierung ideal. Sonne und Wind erzeugen Flatterstrom und Tagesspitzen, welche auf der Verbraucherseite in vielen Fällen nicht direkt nutzbar sind.

EWZ-Netz zu schwach?

Ein Bericht der EWZ zuhanden des Gemeinderates zeigt, dass der Energiever-



Windturbinen würden das EWZ-Netz instabil machen. Auf der Albiskette sind derzeit glücklicherweise keine Windturbinen geplant.

Bild: Freie Landschaft Schweiz, Johann Widmer

brauch durch Sparmassnahmen in den letzten zehn Jahren trotz massiver Zuwanderung um 5% abgenommen hat. Das Netz der EWZ ist aber an verschiedenen Orten zu schwach, um die Nachfrage von Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen abzudecken und die Einspeisung der Solarenergie von den Dächern zu ermöglichen.

Abhilfe soll «Smart-Grid» bringen, eine Methode zur Steuerung der Energieflüsse und Verbrauchsmengen. Die EWZ haben jedoch erst einige Pilotprojekte

in Neubaugebieten realisiert. Von einer flächendeckenden Einführung solcher Technologien ist die EWZ noch Jahrzehnte entfernt. Leider hat die linksgrüne Ratsseite diese einfachen Zusammenhänge nicht kapiert und fordert weiterhin den raschen Ausbau der Solarenergie und den Einsatz von Elektrofahrzeugen.

Das Netz der EWZ ist somit eindeutig nicht für den Anwendungsfall mit Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen und Solar- und Dachanlagen gerüstet. Eine Bereitstellung

eines tauglichen Netzes wird Jahrzehnte dauern. Erfahrungen mit den neuen Technologien gibt es kaum.

Postulate führen zum Überwachungsstaat

Was die Grünliberalen und die SP jedoch beschäftigt, ist nicht die Lösung dieses Problems. Sie reichten ein Postulat ein, wie man jedem Haushalt ein Werkzeug in die Hände geben kann, mit dem alle sehen können, wie viel Energie verbraucht wird. Um solche Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, benötigen die EWZ Messdaten. Diese können an den neuen Zählern, den sogenannten Smart-Metern, der EWZ erfasst werden. Aus juristischen Gründen dürfen die Resultate den Kunden aber nur zeitlich stark verzögert angezeigt werden.

Nun gehen die politischen Forderungen dahin, dass Daten in Echtzeit bereitgestellt werden sollen. Auf Grund der Voten im Rat ist anzunehmen, dass es Linksgrün nicht um die Information für die Energiebezüger geht, sondern um Überwachung und um die Einführung von Straftarifen für «Energiesünder». Ein Missbrauch dieser Daten ist sehr wahrscheinlich.

Kernproblem ist die Zuwanderung

Das Kernproblem wird von den grünlinken Politikern ignoriert: die massive Zuwanderung in die Schweiz und somit in die Stadt Zürich. Mehr Zuwanderung bringt mehr Verkehr, mehr Wohnungen, mehr Elektroautos, mehr Haushaltgeräte; alles Systeme, die viel elektrische Energie benötigen und somit unsere Stromnetze belasten.

Würde man die Zuwanderung stoppen, wäre das Netz der EWZ noch mehrere Jahrzehnte gross genug und könnte in den nächsten 50 Jahren sukzessive erneuert und energieeffizienter gestaltet werden.

ABSTIMMUNGEN IM LIMMATTAL

Wichtige Abstimmungen in Dietikon

Dietiker sagen Ja zur Sanierung des Schulhauses Wolfsmatt und zum Limeco-Projektierungskredit.



Konrad Lips
Fraktionspräsident/
Gemeinderat SVP
Dietikon

Letzten Sonntag wurde im Limmattal über viel Geld entschieden. Einmal über den Ausführungskredit für die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Wolfsmatt und ferner über zwei Kredite für das Recycling- und Abfallwerk Limeco. Die Stimmbürger sagten zu allen Vorlagen Ja.

Widerstand gegen Schulhaussanierung

Eigentlich sind Schulhausbauten nicht umstritten. Hier war es ein wenig anders. Weil ein bestehender Teil des Schulhauses saniert werden muss, wird provisorischer Schulraum gebraucht. Auf einer Landparzelle in der Nähe sollen die provisorischen Schulbauten erstellt werden.

Gegen diesen Bau gab es verschiedene Einsprachen, sodass ein anderes Stück Land gesucht werden musste. Auf diesem Land, das der Stadt Dietikon gehört, stehen aber 23 Familiengärten, die leider jetzt Platz machen müssen. Auch hier gab es Widerstand. Es wurde eine Petition gestartet gegen den Bau des Provisoriums und somit auch gegen die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses.

Es formierte sich ein Widerstandsgrüppchen, das gegen alles ist, was Dietikon weiterbringt. Sie bezeichneten Sanierung und Erweiterung als Luxusbau. Sie liessen aber verschiedene Fakten aussen vor. Der bestehende Teil des

Schulgebäudes ist denkmalgeschützt und lässt sich nur mit Vorgaben sanieren, die das Ganze sicher nicht günstiger machen. In Dietikon sind alle Schulhäuser ausser einem auf irgendeine Art geschützt. Die Mehrkosten darf dann der Steuerzahler berappen.

Dringender Nachholbedarf beim Schulhausbau

Nichtsdestotrotz wurde aus Sicht des gesamten Gemeinderates eine gute Lösung gefunden und der Ausführungskredit einstimmig beschlossen. Auch im Wissen, dass jahrelang die Sanierung und der Neubau von Schulhäusern verschlafen wurden und Nachholbedarf besteht. Der Kredit für den Schulhausbau wurde schliesslich mit 57,92% an-

genommen. Dies ist kein Glangresultat, aber was zählt, ist, dass das Volk die Zustimmung für den Bau gegeben hat.

Der nächste Wettbewerb für ein Schulhaus ist schon durch und noch in diesem Monat wird uns das Siegerprojekt präsentiert. Es handelt sich um das Schulhaus, das nicht unter Schutz steht. Wir werden sehen, wie hoch die Kosten für diese Projekt veranschlagt werden.

Weitere Projektierungskredite

Im Weiteren wurde noch über den Projektierungskredit über 41,4 Millionen und den Kauf des Hasler-Areals für 18 Millionen als Landreserve für den Ausbau der Kehrichtverbrennungs- und der Abwasserreinigungsanlage entschieden.

Darüber wurde nicht nur in Dietikon, sondern auch in sieben anderen Trägergemeinden abgestimmt. In Schlieren dagegen wurde nur über den Kredit für den Kauf des Hasler-Areals abgestimmt. Auch zu dies Vorlagen sagten die Dietiker Ja.

Dietikon hat weitere Schlagzeilen gemacht, und zwar im positiven Sinne. Karl's kühne Gassenschau wir in Dietikon gastieren. Die Bauarbeiten für die Show haben bereits begonnen. Nach der Phänomene ist es ein weiterer Grossanlass, der sich im Limmattal niederlässt. Dies zeigt, wie viel hier möglich ist und nicht nur in den grossen Städten.

Ich freue mich auf das Programm und werde die Show sicher besuchen. Dazu kann man nur sagen: Es läuft was im Limmattal!



Im Limmattal standen vergangene Woche wichtige Abstimmungen an.

Bild: Wikipedia

BILDUNGSPOLITIK

Von der Energiestadt zur Energieschule – die Linke behält die Schüler im Visier. Zweiter Teil

Letzte Woche berichteten wir über den Verein Energiestadt. Vermehrt geraten die Jüngsten in den Fokus seiner Tätigkeit.



Lukas Bubba
Präsident SVP Stäfa
Stäfa

In den 90er-Jahren wurde der Trägerverein Energiestadt gegründet. Er unterstützt Gemeinden mit der Erarbeitung von Projekten zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen: Stromsparlampen einsetzen, Fassaden isolieren, Ölheizungen ersetzen, Fernwärme nutzen, etc. Als Belohnung für eine gute Zusammenarbeit dürfen sich die Gemeinden dann «Energiestadt» nennen. Besonders fleissige Gemeinden erhalten sogar die Anerkennung, eine «Energiestadt Gold» zu sein. Die Gemeindepolitiker dürfen sich dann an europäischen Seminaren gegenseitig auf die Schulter klopfen. Das Geschäft mit diesen Zertifizierungen nimmt seit einigen Jahren rapide ab. Was macht der Verein, wenn das Geschäft mit den Zertifizierungen nicht mehr läuft? Bekanntlich verleitet Untätigkeit zu Blödsinn. Ein Blick in die Jahresberichte des Trägervereins gibt Aufschluss – und lässt aufhorchen.

Die Jüngsten stehen im Fokus

Seit 2019 gewinnen klimapolitische Ziele an Bedeutung. Die «Klimajugend» wird gelobt und das Einsatzgebiet Schulen wird überarbeitet. Der Trägerverein Energiestadt gibt Kindern und Jugendlichen mit der Auszeichnung «Energieschule» laut Website eine «Möglichkeit, sich für den Klimaschutz zu engagieren und in ihrem Lebensalltag konkret aktiv zu werden.» Dazu müssen die Schulen: den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen in der Schulkultur verankern; Energie- und Klima-Aktionen durchführen; die Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien in den Unterricht integrieren; und diese Themen über die Schülerinnen und Schüler nach Hause ins Wohnzimmer tragen. Die Selbstverständlichkeit, mit der die linksgüne Ideologie an Schulen vermittelt werden soll, ist unerschäm.

SVP muss politische Neutralität der Schulen schützen

Wo stehen wir heute? Die Schule Utikon ZH ist 2022 Energieschule geworden und befindet sich sogar im Prozess zur «Klimaschule». Wer überprüft die politische Neutralität der Schule in Utikon? Wohin die Reise geht, wenn keine starke SVP in den Gemeinden präsent ist, zeigt die Aussage eines Schulleiters in Felsberg GR: «Mit unseren Aktionen wollen wir die Anliegen der «Fridays for Future»-Bewegung aufneh-

men und etwas Konkretes bewirken.» Gemäss Stefan Theus, Präsident der für Felsberg zuständigen Sektion Imboden, ist die SVP in Felsberg weder im Schulrat noch im Gemeindevorstand vertreten. Es braucht wieder mehr SVP in den Schulbehörden, um die politische Neutralität an den Schulen zu verteidigen.

Fake News für die Schüler

Mit Ressourcen aller Art – z. B. Boden, Energie und Finanzen – sparsam umzugehen, ist eine wertvolle Lektion für Schüler, jedenfalls wenn sie es nicht schon von den Eltern gelernt haben. Doch der Verein kommuniziert einseitig und setzt erst noch veraltete und

falsche Lehrmittel ein. Da lesen wir beispielsweise: «Für die elektrische Energie aus der Steckdose und die Wärmeenergie aus der Heizung werden hauptsächlich Kohle, Erdöl oder Erdgas verbrannt. Es geht aber auch anders, nämlich mit erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme.» Fakt ist: In der Schweiz wird Strom zu 62% aus Wasserkraft, zu 29% aus Kernkraft, zu 2% aus fossilen und zu 7% aus «neuen» erneuerbaren Energien (Wind, Photovoltaik, Biomasse) produziert. Schweizer Schülern wird offenbar der Energiemix aus Deutschland vorgehalten und die für unsere Versorgungssicherheit wertvolle Kernenergie unterschlagen.



Die Schüler sind immer mehr Indoktrinationsversuchen durch «NGOs» ausgesetzt.
Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

Generalversammlung und Wahlkampf Anlass SVP Kreis 1+2

Donnerstag, 14. September 2023, 19:00 Uhr

Restaurant Muggenbühl, Pavillon,
Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich

Mit Ständeratskandidat **Gregor Rutz**
Nationalrat **Gregor Rutz**
Ständeratskandidat und Unternehmer



und den Nationalratskandidaten:



Alfred Heer Nationalrat, Kleinunternehmer
Mauro Tuena Nationalrat, Kleinunternehmer
Susanne Brunner Kantonsrätin, Unternehmerin
Ueli Bamert Kantonsrat, Geschäftsführer, Branchenverband
Camille Lothe Politikwissenschaftlerin, Wirtschaftsredaktorin

Im Anschluss sind alle Besucher herzlich zu einem Apéro eingeladen, eine Anmeldung ist nicht nötig.

www.svp-stadt-zuerich.ch



Am 22. Oktober:

Wählen Sie bürgerlich!
Und motivieren Sie Ihr Umfeld, an die Urne zu gehen!

Regine Sauter
in den Ständerat
reginesauter.ch

GREGOR RUTZ
STÄNDERAT FÜR ZÜRICH
rutz-fuer-zuerich.ch

Posten-Wanderung

mit unseren Nationalratskandidaten...

... einem starken Team für die Region

mit Kantonsrat **Urs Wegmann**, Kantonsrat **Martin Hübscher**, Nationalrätin **Therese Schläpfer**, Kantonsrat **Tobias Weidmann**, und Stadtparlamentarierin **Maria Wegelin**

Sonntag, 17. September 2023
Bachmann's Hof, Seuzacherstrasse 100, 8474 Dinhard
(signalisiert / Parkplätze vorhanden / Anreise mit ÖV möglich)

Start: 13.00 Uhr auf dem Bachmann's Hof

Posten-Wanderung rund um Dinhard mit unseren Nationalratskandidaten

Ziel: Festwirtschaft auf dem Bachmann's Hof

Wir freuen uns auf Euch!
SVP Rickenbach und Dinhard

Und in den Ständerat:
Gregor Rutz und Regine Sauter

Liste 1

Grillabend

JSVP Oberland-See

Mit NR Beni Fischer

Samstag, 16.9.2023
Ab 17:00 Uhr

Wurst und Bier offeriert

Pfadiheim Gossau ZH
Schützenstrasse 4

Einladung zum überparteilichen Grillanlass
National- und Ständeratswahlen

Was?

- Lernen Sie Nationalratskandidierende persönlich kennen und machen sich selbst ein Bild an diesem gemeinsamen Anlass der SVP und FDP!
- Die Kandidierenden stellen sich kurz mit Ihren politischen Prioritäten vor
- Gemütlicher und unkomplizierter Grillanlass, um sich weiter auszutauschen

Wann? 22. September 2023 ab 18:00 Uhr

Wo? Waldhütte Ettenberg, Birmensdorf

Wie? Anmeldung bei **Ivo Voegeli**: ivo.voegeli@hispeed.ch

Regine Sauter, FDP, Direktorin der Zürcher Handelskammer, Nationalrätin
Matthias Müller, FDP, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Nationalratskandidat
Gioia Porlozza, FDP, Jurist, Stadtparlament Winterthur, Nationalratskandidatin
Gregor Rutz, SVP, Jurist, Präsident IG Freiheit, Nationalrat
Thomas Matter, SVP, Unternehmer, Nationalrat
Nina Fehr Düsel, SVP, Juristin, Kantonsrätin

Wahlveranstaltung für die Nationalratswahlen im Hofladen BEERSTECHEr

Hermikonstrasse 123 · 8600 Dübendorf / Hermikon

Lernen Sie unsere Ständerats- und Nationalratskandidaten sowie Kandidaten der Unterlisten persönlich kennen

Liste 1 SVP Bruno Walliser, Benjamin Fischer, Patrick Walder, Anita Borer
Liste 5 FDP Raffaella Fehr, Christian Rossmann
Liste 15 JSVP Yves Helfenberger, Seraina Billeter, Cyrill Huber, Pascal Bertschinger, Marco Beerstecher, Roxana Gossweiler
Liste 22 KMU Jacqueline Hofer

Dienstag, 12. September 2023

18.30 Uhr
Beginn & Begrüssung durch Thomas Beerstecher

18.30 – 19.30 Uhr
Betriebsführung

19.30 – 21.00 Uhr
Imbiss und Vorstellung der Kandidaten

21.30 Uhr
Verabschiedung

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Affoltern am Albis
Samstag, 9. September 2023, 14.15 Uhr, Standaktion, Babas Cup, Alte Dorfstrasse 22, Affoltern am Albis, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Affoltern/Mettmenstetten
Samstag, 9. September 2023, 13.00 Uhr, Standaktion, beim Volg, Mettmenstetten, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 13. September 2023, 11.30 Uhr, Politlunch, Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Kantonsrat Paul Mayer. Thema: «Als Unternehmer nach Bern».

Bezirk Bülach/Kloten
Freitag, 15. September 2023, 17.00 – 19.00 Uhr, Standaktion, Bahnhof Kloten, mit Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsrätinnen Anita Borer und Domenik Ledergerber.

Bezirk Dielsdorf / Niederglatt
Dienstag, 19. September 2023, 19.30 Uhr, Referat zum Thema «Kernenergie Schweiz – Chancen und Risiken», Zentrum Eichi, Niederglatt, mit Gemeinderat Thomas Obermayer.

Bezirk Dietikon/Aesch
Samstag, 16. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, beim Volg, Aesch.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Samstag, 9. September 2023, 15.30 Uhr, Standaktion, bei der Landi, Dietikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Hinwil/Gossau
Samstag, 16. September 2023, 14.00 Uhr, Standaktion, Usterstrasse 5, Bertschikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Samstag, 16. September 2023, 17.00 Uhr, Grillabend, Pfadiheim, Schützenstrasse 4, Gossau, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Hinwil/Rüti
Samstag, 16. September 2023, 15.30 Uhr, Standaktion, Bandwies, Kiesplatz, Rüti, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Samstag, 9. September 2023, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Züri-Oberland-Märt, Wetzikon.

Samstag, 16. September 2023, 13.00 Uhr, Standaktion, bei der Migros, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Pfäffikon/Fehraltorf
Samstag, 16. September 2023, 09.30 Uhr, Standaktion, bei der Migros, Fehraltorf, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon
Samstag, 16. September 2023, 08.30 Uhr, Standaktion, bei der Landi, Illnau, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Samstag, 16. September 2023, 10.30 Uhr, Standaktion, Gemeindeplatz, Hochstrasse 1, Pfäffikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Dübendorf
Dienstag, 12. September 2023, 18.30 Uhr, Betriebsführung und Wahlanlass, Hofladen Beerstecher, Hermikonstrasse 123, Dübendorf, mit den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer sowie den Kantonsrätinnen Anita Borer und Patrick Walder.

Bezirk Uster/Greifensee
Freitag, 8. September 2023, 17.00 Uhr, Jungpolitiker-Podium, Schulhaus Breiti, Greifensee, u.a. mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Samstag, 9. September 2023, 16.00 – 18.00 Uhr, Jungbürgeranlass, an der Chilbi, Mönchaltorf.

Freitag, 15. September 2023, 19.00 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Esslingen. Weitere Informationen und Anmeldung unter charles@vogt-ec.ch.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 21. September 2023, 19.00 Uhr, Wahlanlass, House of Mezza, Zeughausareal, Uster, mit den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer sowie den Kantonsrätinnen Anita Borer und Patrick Walder.

Bezirk Uster/Volketswil
Samstag, 23. September 2023, 11.00 – 19.00 Uhr, Metzgete, Kleintieranlage, Volketswil.

Bezirk Winterthur
Freitag, 15. September 2023, 19.00 Uhr, Behördenanlass, Elpag, Tössfeldstrasse 35, Winterthur.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Sonntag, 17. September 2023, 13.00 Uhr, Posten-Wanderung, Bachmann's Hof, Seuzacherstrasse 100, Dinhard, mit Nationalrätin Therese Schläpfer und Nationalratskandidaten. Anschliessend Festwirtschaft.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 9. September 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 16. September 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 9. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 16. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 – 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenssestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz sowie den Nationalräten Alfred Heer und Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 9. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 16. September 2023, 08.30 Uhr, Ausflug zum Windpark Verenafohren, Tengen (Deutschland), mit Nationalrätin Therese Schläpfer sowie den Kantonsrätinnen Domenik Ledergerber und Tobias Weidmann. Weitere Informationen unter www.svp-zuerich.ch/veranstaltungen.

Passt das in den Kanton Zürich? Machen Sie sich selbst ein Bild. Windpark Verenafohren

Gerne laden wir Sie dazu ein, zusammen mit uns den Windpark Verenafohren mit seinen 200 Meter hohen Windkraftanlagen in Augenschein zu nehmen.

Wann:

- Samstag, 16. September 2023
- ab Küsnacht ZH um 08.30 Uhr (Reisezeit 90')
- ab Dübendorf um 09.00 Uhr (Reisezeit 60')
- ab Hettlingen um 09.30 Uhr (Reisezeit 30')

Treffpunkt:

- Forchparkplatz, 8127 Küsnacht ZH
- SVP Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
- Mehrzweckhalle MZH, 8442 Hettlingen

Weitere Informationen:

- Hin- und Rückreise mit Car.
- Mittagsverpflegung: Wurst vom Grill.
- Ankunft Rückreise ca. 14.00 Uhr.
- Ausflug ist gratis.
- Mit Fachreferaten.
- Anmeldung erforderlich.

Hier geht es direkt zur Anmeldung
QR-Code fotografieren und per Formular anmelden oder per Email an info@tobiasweidmann.ch
Anmeldefrist bis 13. September 2023
Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Therese Schläpfer
Nationalrätin, SVP, Hagenbuch

Domenik Ledergerber
Kantonsrat, SVP, Herrliberg

Tobias Weidmann
Kantonsrat, SVP, Hettlingen

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Freitag, 22. September – Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschüssen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tössalstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

Sonntag, 24. September 2023, 10.30 Uhr, Grosses Podium zu den Ständeratswahlen, Schloss Laufen am Rheinfall, Historama, Dachsen, mit sieben Ständeratskandidaten.

Dienstag, 24. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Restaurant Schützenhaus, Schaffhauserstrasse 201, Winterthur.

Samstag, 23. September 2023, 12.00 – 15.00 Uhr, Kantonalen Wahlanlass, Eberhard Bau AG, Breitloostrasse 7, Oberglatt, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Ständeratskandidat Gregor Rutz im Einsatz

Samstag, 9. Sept.
9:00 – 10:00 **SVP bi de Lüt**
mit Gregor Rutz, KR Rochus Burtscher und Roger Bachmann (Stadtpräs.)
Kirchplatz, 8953 Dietikon

Samstag, 9. Sept.
11:00 – 14:00 **Gwerbler-Zmittag in Weiningen**
mit Gregor Rutz, aRR Rita Fuhrer und aNR Hans-Ulrich Bigler
Richi AG, Im Riesentobel 1, 8104 Weiningen

Dienstag, 12. Sept.
18:30 **Grillabend in Neftenbach**
mit Gregor Rutz, RR Natalie Rickli, NR Therese Schläpfer, den KR Martin Hübscher, Tobias Weidmann, Urs Wegmann und Paul Mayer sowie GR Maria Wegelin
Freizeitanlage Chräen, Krähenweg 9+11, 8413 Neftenbach

Donnerstag, 14. Sept.
19:00 **Wahlkampf-Anlass in Zürich-Wollishofen**
mit Gregor Rutz, NR Alfred Heer, NR Mauro Tuena, KR Susanne Brunner, KR Ueli Bamert und Camille Lothe
Restaurant Muggenbühl (Pavillon), 8038 Zürich

Freitag, 15. Sept.
19:30 **Wahlpodium der SVP Wehntal**
mit Gregor Rutz, NR Tiana Moser (GLP) und NR Benjamin Fischer (Moderation)
Gemeindesaal, Dorfstr. 6, 8165 Oberweningen

Samstag, 16. Sept.
9:00 – 11:00 **Kaffee und Gipfeli in Wädenswil**
mit Gregor Rutz, RR Ernst Stocker, den KR Marcel Suter und Urs Wasser sowie Adrian Wegmann
Zugerstrasse 11 (vor der UBS), 8820 Wädenswil

Samstag, 16. Sept.
11:30 – 14:00 **Wurst und Bier am Zürichsee**
mit Gregor Rutz, RR Ernst Stocker, den KR Marcel Suter und Urs Wasser sowie Adrian Wegmann
Seebad Bürger II, Seestr. 60, 8800 Thalwil

rutz-fuer-zuerich.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Einladung zum Politlunch

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Paul Mayer
Kantonsrat
Unternehmer, Mitglied Kommission für Wirtschaft und Abgaben
Nationalratskandidat

«Als Unternehmer nach Bern»

WANN:
Mittwoch
13. September 2023
11.30 – 14.00 Uhr

PROGRAMM:
11.30 – 12.00 Uhr Apéro
12.00 – 13.00 Uhr Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer
13.00 Uhr Referat
13.30 Uhr Diskussion
14.00 Uhr Ende

WO:
Landgasthof zum Schwert
Hauptstrasse 7
8477 Oberstammheim

Alle sind herzlich willkommen!

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Jetzt Volksinitiative unterschreiben
nachhaltigkeitsinitiative.ch

Spendenkonto:
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0
IG Nachhaltigkeitsinitiative

10 Millionen

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT